

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Redaktions-
Zentrale
Gesamtdr. Nr. 22.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontonr.
Erscheint 1888.
Strolach:
Riesa Nr. 52.

Nr. 11.

Donnerstag, 14. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflektanzzeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und labellarischer Satz 50%, Aufschlag. Geste Kartes. Bewilligter Rabatt erstreckt sich auf den Betrag der Anzeigen, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Befehlswort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Betrachtungen zur französischen Krise.

Am Vorabend von Lausanne suchten alle Verhandlungsparteien sich so stark wie möglich zu machen. Das ist der Sinn der innenpolitischen Vorgänge sowohl in Deutschland wie in Frankreich. Ein Land wirkt dabei fast wie das Spiegelbild des andern. Hindenburg und Brüning suchen die gesamte deutsche Volkskraft auf das eine, große Ziel der außenpolitischen Befreiung zu konzentrieren und den inneren Haß zu schweigen zu lassen. Doumer und Laval bauen in Frankreich im Schweiße ihres Angesichts Dämme gegen die bedrohlich anschwellende Steilflut, die weite Volkstiefe der bisherigen offiziellen Reparationspolitik entgegenbringen. In diese Dämme soll alles hineingepreßt werden, was an politischem Material überhaupt greifbar ist. Mit einem fähigen Griff möchte Laval sogar das Kernstück der Opposition, die radikal-sozialistische Partei, in den Wirtelbereich hineinschieben, aus dem ein neuer „nationaler Block“ selbigen Angebens zementiert werden soll. Eine unantastbare Arbeit.

Unter den Ursachen der französischen Krise muß man zwei Gruppen unterscheiden. Da ist erstens das übliche parteiisch-parlamentarische Kräftepiel, dem demnächst wieder ein großer Tag bevorsteht, nämlich die Kammerwahlen des Sommers. Das gegenwärtige französische Kabinett läßt sich auf eine Mehrheit aus Rechts- und Mittelparteien und hat sich gegen links mit einem Freigenblatt in der Person des bisherigen Außenministers Briand dekoriert, der parteipolitisch schwer einzuordnen ist, aber wegen seiner Außenpolitik der Verteidigung von der Wintertafel als ihr Mann angesehen wird. Wegen der Regierung stehen (abgesehen von den schwachen Kommunisten) die Sozialisten, eine große Partei, aber in ihrer praktischen Politik bisher von einer unergründlichen Reserviertheit. Noch härter ist die andere Oppositionspartei der Radikal-Sozialen, geführt von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Herriot. Diese Partei ist in den Augen des französischen Bürgertums der eigentliche Träger der Opposition gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Bei den nächsten Wahlen rechnet sie auf einen großen Sieg. Vielleicht einen ebenso großen wie in den berühmten „Parteiwahlen“ des Jahres 1924, durch die Sozialisten und Radikal-Sozialen Poincaré trotz des gewonnenen Kührkrieges hinwegsetzten und den reaktionär-diktatorischen Staatspräsidenten Millerand gewissermaßen außerhalb der Verfassung zur Abdankung zwangen, indem sie sich einfach weigerten, mit ihm zu verkehren.

Wenn jetzt Laval versucht, die Radikal-Sozialen zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen, so ist der Grund leicht zu erkennen: er will, kurz vor den Wahlen, ihnen einen Teil der Verantwortung mit aufstaden und ihnen dadurch den Wind aus den Segeln nehmen. Solche Erwägungen haben in der französischen Politik immer eine große Rolle gespielt und gehören zumal zum Handwerkzeug eines so typischen französischen Provinzabvokaten wie Laval, den man um Gotteswillen für keine weltpolitische Figur halten darf. Trotzdem hat die französische Krise, gewissermaßen halb ohne Zutun der Beteiligten, auch ihre tiefe außenpolitische Schicksalsbedeutung.

Seit dem Rücktrittsgesuch Briands hängt das parteiisch-demokratische Freigenblatt nur noch mit einer schwachen Faser vor der chauvinistischen Höhe des Kabinetts Laval. Die Kritik an der bisherigen französischen Außenpolitik scheint im Volke stärker zu sein, als Verleumdung und Kammer erkennen lassen — womit freilich nicht gesagt ist, daß sie bereits stark genug zu einem Herumwerfen des Steuers wäre. Die aussehenerregende Ablehnung aller Reparationen durch den bekannten Artikel der „Depeche de Toulouse“ ist immerhin sehr beachtenswert. Auch 1924 gäben die wenigsten Beurteiler geglaubt, daß Poincaré gerade durch den Ruhrkrieg sich das Grab geschnitten hätte. Heute macht in Frankreich bedrohlich die Wirtschaftskrise; die Zahl der Arbeitslosen nähert sich nach Schätzungen der Gewerkschaften allmählich der Million, die der Kurzarbeiter soll zwischen 2,5 und 3 Millionen stehen — eine amtliche Statistik gibt es bekanntlich nicht. Mit der Wirtschaftskrise wächst die politische Unzufriedenheit, und es ist jedenfalls ein drohendes Zeichen, daß ein so erfahrener Kenner der politischen Weltkunde wie Briand sich in diesem Augenblick aus Lavals Nähe davonmacht.

Laval appelliert gegenwärtig an alle Parteien bis zu den Radikal-Sozialen, sich um des Vaterlandes Willen hinter eine Konzentrationsregierung zu stellen, die die „deutsche Gefahr“ in Lausanne abwehren soll. Als Stichwort müssen Brünings Erklärungen über die Reparationen herhalten, die den französischen Nationalismus wieder einmal zum Schäumen gebracht haben. Vielleicht wäre in der Tat die Vernunft in Frankreich schneller vorangekommen, wenn Brüning nicht versucht hätte, sie vorwärtszutreiben. In England hat man bekanntlich auf eine solche Entlohnung gehofft und darum auch die Vertagung der Lausanner Konferenz bis nach den französischen Wahlen vorgeschlagen. Jetzt wird Laval versuchen, in die auf dem Wege der Ermächtigung befindliche radikal-sozialistische Partei einen Teil hineinzutreiben. Der radikal-sozialistische Führer Herriot ist ja seit langem schon einer der bedeutendsten französischen Patriotenväter, und er hat erst vor zwei Tagen zu verstehen gegeben, daß die Revision der Reparationen auf ihn wirkt wie das rote Tuch auf das bekannte vierfüßige Tier. Im Gegensatz dazu legt sich der linke Flügel der Partei unter Daladier und

Eifrige Bemühungen um die Wiedertwahl Hindenburgs.

vda. Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des Vda. meldet, fand eine geschäftsführende Vorstandssitzung der Deutschen Staatspartei statt, in der eingehend auch die Frage der Wiedertwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten durch Volkswahl erörtert und die Kandidatur Hindenburgs einstimmig gebilligt wurde. Es kam in den Besprechungen zum Ausdruck, daß der Reichspräsident von Hindenburg es abgelehnt habe, als Kandidat einer bestimmten Parteigruppierung aufgestellt zu werden. Die Staatspartei vertritt daher die Meinung, daß alles geschehen müsse, um durch die Nominierung Hindenburgs als Volkswahlkandidaten auch der Sozialdemokratie die Zustimmung zu ermöglichen.

Es wird dem Nachrichtenbüro an gut unterrichteter Stelle bestätigt, daß eine formale Unterhaltung von Parteipräsidenten stattgefunden habe. In Beschlüssen sei es jedoch noch nicht gekommen. Die Besprechungen sollen vielmehr noch fortgesetzt werden. Im Interesse einer Volkswahlkandidatur Hindenburgs läge es nun aber nach Meinung maßgebender politischer Kreise, wenn auch die vorberühmten Verhandlungen und die Auffassung der Kandidatur Hindenburgs nicht von einem aus Parteipolitikern vorhersehend bestehenden Gremium getroffen würden. Der Gedanke eines überparteilichen Gremiums stehe durchaus im Vordergrund. Man könne sich dabei den Verlauf so denken, daß etwa 5000 bedeutende Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens aus Verwaltung, Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft usw. ernannt würden, die Volkswahlkandidatur Hindenburgs von sich aus zu beantragen. An Namen aus diesem überparteilichen Gremium werden dem Nachrichtenbüro des Vda. vorläufig u. a. genannt der frühere Oberpräsident, Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn u. a. Datoff, der regierende Bürgermeister von Hamburg Dr. Petersen, der frühere Reichsminister Dr. Gehler, der Reichsinnen- und Reichswehrminister Groener und Dr. Schöner.

Der Termin für die Reichspräsidentenwahl ist vom Reichstag festzusetzen, der, wie das Nachrichtenbüro des Vda. hört, zu diesem Zweck unter Umständen noch vor dem 28. Februar zusammentreten möchte. Die Reichsregierung wird dem Reichstag einen Termin für die Präsidentenwahl in Vorschlag bringen. Im Reichsinnenministerium wartet man mit dem Vorschlag des Termins jedoch noch, bis die Frage der Kandidatur einigermaßen geklärt erscheint. Bemerkenswert ist noch, daß auch für den Fall eines endgültigen Scheiterns der Kandidatur Hindenburgs in politisch-parlamentarischen Kreisen bereits Besprechungen über die Frage der Reichspräsidentenwahl stattgefunden haben.

Für diesen von der weitaus größten Mehrzahl aller maßgebenden Politiker, Parlamentarier und wohl auch von der Mehrheit der Bevölkerung nicht erwünschten Fall, nennt man als Namen für die Reichspräsidenten-Kandidatur vor allem Dr. Gehler und Dr. Groener.

Wahl am 13. März?

Berlin, 14. Januar.

Die „Germania“ beschäftigt sich mit dem Versuch, durch einen überparteilichen Ausschuss eine Sammlung des deutschen Volkes und seiner Parteien auf die Kandidatur des gegenwärtigen Reichspräsidenten vorzubereiten und durchzuführen. Sie schreibt dazu:

„Je nach dem Ausgang dieses Versuches wird es unter Umständen notwendig werden, den Reichstag früher einzuberufen, als es bisher vorgezogen ist, damit er den Termin für die Präsidentenwahl festsetzen kann. Als Termin wird vorläufig der 13. März genannt.“

Wie in politischen Kreisen verlautet, haben gestern nachmittag in parlamentarischen Kreisen Besprechungen darüber stattgefunden, wie die Wiedertwahl des Reichspräsidenten am zweckmäßigsten einzuleiten sei. Es scheint, daß man es zunächst für das Richtige hält, die Dinge nicht zu überhastigen, sondern vorerst eine Beruhigungspause einzulegen.

Dabei ist es selbstverständlich, daß die Wiedertwahl Hindenburgs unter allen Umständen kommen wird, nur dürfte nach der Auffassung der beteiligten Kreise die ganze Frage in einer viel ruhigeren und würdigeren Form gelöst werden, wenn man einige Zeit ins Land lassen darf.

Der Termin, bis zu dem die Neuwahl des Reichspräsidenten vollzogen werden muß, steht fest. Er läßt für die Vorbereitungen genügend Zeit, so daß man inzwischen auch übersehen kann, ob die Nominierung aus dem Parlament oder auch in anderer Form durch einen mehr unpolitischen Volksausschuss der beste Weg zur Erreichung des Zieles ist.

Politische Kreise rechnen übrigens nicht damit, daß das Volksbegehren des Jungdeutschen Ordens zur Auswirkung kommt, schon deshalb nicht, weil bis zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen die Volkswahl bereits durchgeführt sein wird.

Die Kabinettskrise in Frankreich vorläufig gelöst.

Das Kabinett Laval gebildet.

Paris. Um 1 Uhr früh (deutscher Zeit) ist das dritte Kabinett Laval gebildet worden. Ministerpräsident Laval übernimmt mit der Ministerpräsidentenwahl auch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Der bisherige Landwirtschaftsminister Lardieu übernimmt für den verstorbenen Maginot das Kriegsministerium. Der bisherige Unterstaatssekretär im Innenministerium Cathala, wird Innenminister und der bisherige Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Fould, wird Landwirtschaftsminister. Alle übrigen Ministerposten bleiben

Sarraut für eine Streichung der Reparationen ein. Diesen Flügel sucht Laval jetzt unter listiger Benützung des Brüning-Interviews in die Ecke zu manövrieren. Ob ihm das gelingt? Das entscheidende Wort über die französische Politik wird nicht jetzt gesprochen, sondern bei den Kammerwahlen.

Auch Amerika muß sparen

Washington, 14. Januar.

Finanzminister Mellon unterbreitete dem Finanz Ausschuss des Repräsentantenhauses das Steuererhöhungsprogramm der Regierung, das sich den Ausgleich des Staatshaushalts für das Ende des Etatsjahres 1931 zum Ziel setzt. Mellon erklärte, es sei in der gegenwärtigen Notzeit unbedingt notwendig, die Einnahmen zu erhöhen, nicht nur, um die laufenden Ausgaben zu decken, sondern um den Kredit der Regierung ungeschwächt zu erhalten; dies sei ein unerlässlicher Schritt zur Befundung des amerikanischen Wirtschaftslebens. Obwohl aus den jetzt vorgeschlagenen neuen Steuern, z. B. auf den Telephon-, Telegraphen- und Scheckverkehr, Erhöhung der Einkommensteuer usw., in diesem Jahre eine Mehreinnahme von 890 im nächsten Jahre von 920 Millionen Dollar erzielt werde, reche er in diesem Jahre dennoch mit einem Defizit von 2123 Millionen Dollar, im nächsten Jahr von 1417 Millionen Dollar. Er könne jedenfalls die Notwendigkeit der Sparmaßnahme nicht genug betonen, denn ohne wirkliche Einschränkung der Ausgaben sei es unmöglich, das Budget auszugleichen.

Paris war informiert.

vda. Berlin. In Berliner politischen Kreisen hat man für die Erregung, die in Frankreich über das Reichskanzlerinterview fortdauert und durch geschickte Propaganda von den Franzosen auch in andere Länder verflannt wird, keinerlei Verständnis. Der Reichskanzler hat nichts anderes getan, als was Laval sowohl in der französischen Kammer als auch in der Presse darüber erklärt hat, was die Verhandlungsstelle Frankreichs bei den Lausanner Verhandlungen sein werden. Außerdem kommt hinzu, daß der französische Volskammer, bevor er nach Paris ging, — und das geschah geraume Zeit vor der Information des englischen Volskammers Rumbold durch den Reichskanzler — ebenfalls informiert worden ist. Der französische Ministerpräsident muß von dem Inhalt des Interviews unterrichtet gewesen sein, so daß das Interview in Paris keinerlei Ueberraschung auslösen konnte. Es kann auch gar keine Rede davon sein, daß es sich bei der Erklärung des Reichskanzlers um einen einseitigen Rechtsakt einer einseitigen Aufkündigung des Nonnplans handelt. Schon der Botschafter Bericht, der auch von dem französischen Delegierten Ribb unterzeichnet ist, stellt fest, daß der Nonnplan überholt ist. Angesichts der inneren deutschen Belastung, der hohen öffentlichen und privaten Schulden, wird die deutsche Wirtschaft auch ohne Reparationen noch schwer mit der ausländischen Konkurrenz zu kämpfen haben.